Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 22.02.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, Raum C 22/23

Anwesend:

Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Herr Karnetzki, Michael	SPD
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Martienßen, Marina	fraktionslos
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (Bau: BD; Stapl: St. BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)

Vom Amt

BzStR Stäglin
Tief 1 Herr Müller-Ettler
Tief 3 Herr Stumpe
Ord L Herr Hartmann
Hoch 1 Herr Nowak
BVV 2 Frau Schuchardt, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

TOP 2 Genehmigung des Protokolls

TOP 3 Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für die Riemeisterstraße zwischen Argentinischer Allee und Onkel-Tom-Straße
(s. Protokoll vom 23.11.05, Seite 8 (9.2) - Nichtbehandlung in 37. Sitzung)

TOP 4 Zustand des Ludwig-Beck-Platzes/Stand des Angebots der Fa. Wall
(s. Protokoll vom 23.11.05, S. 9 (10.3) - Nichtbehandlung in 37. Sitzung)

TOP 5 Benennung des Platzes zwischen Heinersdorfer Straße/Lange- und Heimkehlenstraße in Berlin-Lichterfelde nach Oskar Lange
(Schreiben BA vom 28.12.05 - Nichtbehandlung in der 37. Sitzung)

TOP 6 Ausbau Hildburghauser Straße (aktueller Sachstandsbericht)
(Nichtbehandlung in der 37. Sitzung)

TOP 7 Anträge

TOP 7.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

TOP 7.2 'Flüsterstraße' auch im Berliner Modellversuch
Drucksache: 1702/II - FDP-Fraktion

TOP 7.3 Benennung nach Nentershausen
Drucksache: 1769/II - Fraktionen SPD und CDU

TOP 7.4 Beseitigung der Unfallgefährdung Potsdamer Chaussee
Drucksache: 1770/II - SPD-Fraktion

TOP 7.5 Beleuchtung Langestraße
Drucksache: 1772/II - SPD-Fraktion

TOP 7.6 Überprüfung von Bundesautobahnschildern
Drucksache: 1776/II - FDP-Fraktion

TOP 7.7 Lauenburger Straße für den Durchgangsverkehr sperren
Drucksache: 1809/II - GRÜNE-Fraktion
(siehe TOP 7.16)

TOP 7.8 Verbesserung des Verkehrsflusses in Zehlendorf Mitte
Drucksache: 1811/II (neu) - Fraktionen GRÜNE und CDU

TOP 7.9 Parkverbot Ecke Gritzner-/Treitschkestraße
Drucksache: 1814/II - SPD-Fraktion

TOP 7.10 Pflastersteine auf den Bürgersteigen
Drucksache: 1818/II - CDU-Fraktion

TOP 7.11 Parkraumbewirtschaftung bis 18 oder 19 Uhr
Drucksache: 1819/II - FDP-Fraktion

TOP 7.12 30 km/h Mühlenstraße
Drucksache: 1842/II - CDU-Fraktion

TOP 7.13 Schulwegsicherung Beleuchtung 'Schwarzer Weg'
Drucksache: 1845/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 7.14 Schulwegsicherung LZA Malteser-/Mühlenstraße
Drucksache: 1847/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 7.15 Verbesserung des Verkehrsflusses an der Kreuzung Machnower Straße/Ludwigsfelder Straße/Sachtlebenstraße
Drucksache: 1851/II - CDU-Fraktion

TOP 7.16 Teilentwidmung der Lauenburger Straße
Drucksache: 1854/II - SPD-Fraktion

TOP 8 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 9 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordndung begrüßt der Ausschussvorsitzende Eichstädt die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Martienßen als neues Mitglied des Bauausschusses, außerdem die Bürgerin Frau Lieschke, die Bürger Herrn Schulze und Herrn Engelmann sowie drei Kinder und ein Elternteil des Kinderforums Steglitz.

BV Lepeniotis berichtet über die Konflikte zwischen Autofahrern und Fußgängern an der Ampel Chausseestraße Ecke Königsstraße, zu der die Kinder des Jugendforums einen kleinen Vortrag vorbereitet haben, um dem Ausschuss die Problematik der Ampelschaltung an dieser Kreuzung nahe zu bringen. Im Anschluss an diese Darstellung formulieren die Mitglieder des Ausschusses für Bau und Verkehr folgenden Ausschussantrag:

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass geprüft wird, wie die Sicherheit der Fußgänger beim Überqueren des Fußgängerüberwegs an der Kreuzungsampel Chausseestraße / Königsstraße in Wannsee verbessert werden kann.

Bei einer Abstimmung wird dieser Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltungen angenommen.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

1. <u>Lieferverkehr in der Charlottenburger Straße</u>

Die Bürgerin Frau Lieschke ist Anwohnerin in der Charlottenburger Straße. Bedingt durch den geplanten Neubau eines Schwimmbades und eines Technikmarktes wird auch ein erhöhter Lieferverkehr in der Charlottenburger Straße erwartet. Frau Lieschke erklärt, dass sie sich gegen den Bau wehren möchte. Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass die Probleme der Bürgerin im Bau und nicht im Verkehr liegen. Er rät ihr, sich an den Stadtplanungsausschuss zu wenden, da der entsprechende Bebauungsplan dort behandelt wird. Die SDP-Fraktion rät ihr, Einwände gegen den Bebauungsplan mit einer Begründung zu erheben, damit diese im Rahmen des Bebauungsplans behandelt werden können. BzStR Stäglin erläutert Frau Lieschke das Verfahren eines solchen Einwandes und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Plan erst dann von der BVV beschlossen wird, wenn die Bürgerbeteiligung abgeschlossen und das Amt mit der Auswertung und Abwägung fertig sei.

2. <u>Nicht durchgeführte Beseitigung von Schnee- und Eisglätte</u>

Der Bürger Herr Schulze berichtet über die unzulängliche Schneeglätte-beseitigung nach Weihnachten. Er weist darauf hin, dass er BzStR Stäglin bereits mehrmals zu dieser Problematik angeschrieben habe, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. Nunmehr habe er einen Artikel im „Heimatblatt Steglitz-Zehlendorf“ bezüglich der neu geschaffenen Ordnungsamtes gelesen. Herr Schulze bittet BzStR Stäglin, ihm im Zusammenhang mit seinem Anliegen die Aufgaben dieses Amtes zu erläutern. BzStR Stäglin kommt dieser Bitte nach und berichtet, dass es bereits zu mehreren Anzeigen und Ersatzvornahmen gegenüber der BSR, Grundstückseigentümern und Hausverwaltern gekommen sei. Erste Aufgabe der Mitarbeiter des Ordnungsamtes sei es, die Grundstückseigentümer und Haus-

verwalter auf die Schnee- und Eisglättebeseitigung hinzuweisen, was sich jedoch mitunter als schwierig erweise. Des weiteren sei es bei der Größe des Bezirks den Mitarbeitern nicht möglich, in jeder Straße zu sein. Das Bezirksamt versichert Herrn Schulze, dass zum einen versucht wird, jeder Anzeige nachzugehen und zum anderen auch eigene Anzeigen gefertigt wurden, die jedoch noch mit einer für ganz Berlin in Lichtenberg geführten Kartei abgeglichen werden müssen.

3. Kreuzung Machnower Straße/Ludwigsfelder Straße/Sachtlebenstraße

Die Behandlung von TOP 7.15, ein Antrag der CDU-Fraktion mit dem Betreff „Verbesserung des Verkehrsflusses an der Kreuzung Machnower Straße / Ludwigsfelder Straße / Sachtlebenstrasse“ (Drs. Nr. **1851/II**) wird vorgezogen, da sich der zur Bürgerfrageviertelstunde erschienene Bürger Herr Engelmann zu der darin genannten Kreuzung äußern möchte.
Er berichtet über den zunehmenden Verkehr an dieser Kreuzung aus und in Richtung Kleinmachnow, welcher immer wieder zu erheblichen Staus führt. Er schlägt vor, dort eine neue Ampelphase schalten zu lassen, was die Senatsverwaltung auf eine Nachfrage Herrn Engelmanns jedoch abgelehnt habe, oder das Einführen eines Kreisverkehrs. Des weiteren schlägt er vor, die Bushaltestelle, die sich direkt hinter der Kreuzung befindet, zu verlegen.
BzStR Stäglin erklärt, dass die VLB für die Ampelanlage zuständig sei. Er versichert, sich bei den zuständigen Stellen für das Anliegen einzusetzen, sobald dem Antrag zugestimmt wird. Der Ausschuss stimmt mit dem Bürger überein, dass hier ein dringender Regelungsbedarf besteht.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag Drs. Nr. 1851/II mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltungen angenommen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 37. Sitzung vom 25.01.2006 wird genehmigt.

zu 3 Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für die Riemeisterstraße zwischen Argentinischer Allee und Onkel-Tom-Straße (s. Protokoll vom 23.11.05, Seite 8 (9.2) - Nichtbehandlung in 37. Sitzung)

In der 36. Sitzung vom 23.11.2005 hatte BzStR Laschinsky in Vertretung für BzStR Stäglin die Mitglieder des Bauausschusses gebeten, sich die Situation anzuschauen und ein Votum abzugeben.
Die Fraktionen von SPD und GRÜNE sowie die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner stimmen für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Die CDU-Fraktion ist gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung, und auch die FDP-Fraktion hält dies nicht für notwendig.

Bei einer anschließenden Abstimmung wird die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vom Bauausschuss mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimme bei keiner Enthaltungen abgelehnt.

zu 4 Zustand des Ludwig-Beck-Platzes/Stand des Angebots der Fa. Wall (s. Protokoll vom 23.11.05, S. 9 (10.3) - Nichtbehandlung in 37. Sitzung)

Auf Bitten der CDU-Fraktion berichtet BzStR Stäglin, dass die geplante Maßnahme für Frühjahr diesen Jahres vorgesehen sei. Er erläutert, dass zur Zeit die Abstimmungen mit der Denkmalschutzbehörde und Fa. Wall laufen. BzStR Stäglin kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend sagen, ob die Sanierung bis April dieses Jahres abgeschlossen sein wird.

Er bittet darum, diesen Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, da in der nächsten Woche erneut ein Termin mit der Fa. Wall stattfindet, in der die nächsten Schritte besprochen werden.
Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert BzStR Stäglin die genauen Sanierungsmaßnahmen.

zu 5 Benennung des Platzes zwischen Heinersdorfer Straße/Lange- und Heimkehlenstraße in Berlin-Lichterfelde nach Oskar Lange (Schreiben BA vom 28.12.05 - Nichtbehandlung in der 37. Sitzung)

Zu diesem Punkt wird von BzStR Stäglin eine vorbereitete Tischvorlage verteilt. Er berichtet, dass sich dieser Punkt auch auf der Tagesordnung des zeitgleich stattfindenden Ausschusses für Bildung und Kultur befindet. Er teilt mit, dass sich der Name „Oskar Lange“ auf der Straßenbenennungsliste befindet, welche bereits im Ausschuss für Bildung und Kultur überprüft wurde. Er regt an, das Votum des BiKu Ausschusses abzuwarten und diesen Punkt abschließend in der nächsten Sitzung zu behandeln.
Auf Nachfrage der CDU-Fraktion, ob dem Amt bekannt sei, weshalb Oskar Lange noch eine gewisse Zeit dem Bezirksamt zur Nazi-Zeit angehörte, erklärt BzStR Stäglin, dass laut seiner Informationen Oskar Lange parteilos gewesen sein soll. Der Ausschuss bittet das Amt um die Überprüfung einer eventuellen NS-Mitgliedschaft Oskar Langes.
Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 6 Ausbau Hildburghauser Straße (aktueller Sachstandsbericht) (Nichtbehandlung in der 37. Sitzung)

Auf Wunsch der CDU-Fraktion berichtet BzStR Stäglin über den aktuellen Sachstand zum Ausbau Hildburghauser Straße. Er erläutert, dass es sich zum jetzigen Zeitpunkt nur um einen Sachstandsbericht ohne gesetzliche Grundlage handelt, da noch der Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Straßenausbaubeitragsgesetzes abgewartet werden müsse. Er erläutert in diesem Zusammenhang auch das im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetz, mit der das Erschließungsbeitragsrecht geändert werden soll. BzStR Stäglin sagt zu, den Ausschuss über den Sachstand auf dem Laufenden zu halten.

Die Fraktion GRÜNE verweist auf ein Schreiben der AWO, in dem Änderungswünsche der Planung geäußert wurden, und fragt das Bezirksamt nach dessen Stand. BzStR Stäglin erklärt, dass in diesem Zusammenhang sowohl der Bauausschuss als auch die BVV dem Bauvorhaben bereits zugestimmt haben. Ob erneut geprüft und diskutiert werden muss, sei zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der neuen Situation in Form der geänderten Gesetzesgrundlage noch nicht bekannt.

Die SDP-Fraktion weist darauf hin, dass es mit dem Straßenausbaugesetz eine neue Rechtsgrundlage gebe, die eine Bürgerbeteiligung und auch die Beteiligung der BVV beinhaltet, was dazu führt, dass der geplante Ausbau verschoben werden müsse. BzStR Stäglin geht davon aus, dass mit der neuen Gesetzesgrundlage gearbeitet werden muss, hält es jedoch für erforderlich, dass man dann die Investitionsplanungsraten entsprechend anpassen muss.

Die Fraktion GRÜNE erkundigt sich, was mit den wahrscheinlich nicht verwendeten Investitionsmitteln 2006 für die Hildburghauser Straße geschehen könne. BzStR Stäglin teilt mit, dass diese Mittel aus der Landesinvestitionsplanung kommen und somit nicht für andere Zwecke des Bezirks verwendet werden dürfen.

zu 7 Anträge

zu 7.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

BzStR Stäglin berichtet über den aktuellen Sachstand. Er teilt mit, dass das Bezirksamt eine Zusage über eine 50%ige Kostenübernahme vom Betreiber erhalten hat. Er erläutert die Maßnahmen, an denen sich der Betreiber beteiligen wird, und sagt zu, diese umzusetzen, sobald dies von der Witterung her möglich sei.
BzStR Stäglin sagt zu, dass dieser Bereich weiterhin überwacht wird. Er fragt den Ausschuss, ob dieser Antrag weiter behandelt werden soll oder ob er mit der Zusage weiterer Berichterstattungen für erledigt erklärt werden könne.
Die CDU-Fraktion stellt fest, dass die Maßnahmen ausreichen könnten, bittet aber das nächste Frühjahr noch abzuwarten und diesen Antrag in der letzten Sitzung vor der Sommerpause noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

zu 7.2 'Flüsterstraße' auch im Berliner Modellversuch
Drucksache: 1702/II - FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion teilt mit, solange keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, ist der Antrag zurückgezogen.

zu 7.3 Benennung nach Nentershausen
Drucksache: 1769/II - Fraktionen SPD und CDU

(Anmerkung zum Protokoll: Dieser TOP wurde bei der Abhandlung der Tagesordnung später behandelt, wird in der Niederschrift jedoch an der ursprünglichen Stelle der TO protokolliert.)

Das Amt hat mit Schreiben vom 20.01.2006 dem Ausschuss drei bzw. vier Möglichkeiten zur Platzbenennung vorgeschlagen. Nach Rücksprache mit dem mitberatenden Ausschuss für Bildung und Kultur teilt dieser mit, dass er den unter Punkt 1 genannten Platz für den geeignetsten hält.
Die Fraktionen von CDU und SPD schließen sich diesem Vorschlag an.
Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie die vom Amt vorgeschlagenen Plätze für nicht akzeptabel hält und bittet, diesen Punkt nochmals zu vertagen. Diesem Vorschlag wird nicht gefolgt.
Die Fraktion GRÜNE schlägt als repräsentativen Platz den „Lauenburger Platz“ vor. Das Amt hält es nicht für sinnvoll, einen bereits bestehenden Platz umzunennen.
Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner hat dem Amt in einem Schreiben vom 02.02.06 einen weiteren Platz vorgeschlagen; dieser wurde jedoch abgelehnt, da es sich dabei um eine Grünfläche an der Treitschkestraße hinter WERTHEIM handelt, deren Eigentümer teilweise Fa. Karstadt sei. BV Wagner erklärt, dass sie alle drei vom Amt vorgeschlagenen Plätze für zu klein hält.

Im Ausschuss für Bildung und Kultur wurde des weiteren über die Schreibweise des Platzes diskutiert. Der Ausschuss habe das Amt gebeten zu prüfen, ob es „Nentershäuser Platz“ oder „Nentershausener Platz“ heißen muss.

Der vom Ausschuss für Bildung und Kultur geänderte Antrag wird vom Bauausschuss nochmals wie folgt geändert:

Das Bezirksamt wird ersucht, aus Anlass des 40jährigen Bestehens der Freundschaft zwischen Nentershausen und Steglitz-Zehlendorf einen geeigneten

Platz an der Einmündung Beuckestraße / Martin-Buber-Straße (gegenüber der Gottfried-Benn-Bibliothek) nach Nentershausen zu benennen. Die Benennung sollte noch vor der Sommerpause 2006 erfolgen.

Der Antrag wird in dieser geänderten Fassung mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

zu 7.4 Beseitigung der Unfallgefährdung Potsdamer Chaussee
Drucksache: 1770/II - SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion schlägt dem Bezirksamt mehrere Möglichkeiten zur Beseitigung der Unfallgefährdung vor.
Auf Nachfrage der FDP-Fraktion, wie häufig der Tunnel genutzt wird und wer zuständig sei, antwortet das Bezirksamt, dass es selbst seit 01.01.2006 zuständig sei und der Tunnel regelmäßig genutzt wird.
Bau L Herr Müller-Ettler berichtet, dass es im Rahmen der Übergabe eine Begehung gab und auch ein Lichtgutachten eines Instituts vorliegt. Das Problem dieses Gutachten bestehe darin, dass die Überprüfung der Beleuchtung im Tunnel in der Nacht durchgeführt wurde. Problematischer sei jedoch der Helligkeitswechsel an einem hellen Sonnentag. Das Institut habe festgestellt, dass der Tunnel in der Nacht ausreichend beleuchtet sei, verweist jedoch auf die schlechte Beleuchtung der als gefährlich eingestufte Aufkantung. Das Bezirksamt hat festgestellt, dass nur zwei von zehn Leuchten in der Bordkante leuchten und prüft derzeit, welche Stelle dafür zuständig ist, dass alle Leuchten wieder funktionsfähig sind. Das Amt geht davon aus, dass dann keine Unfallgefährdung mehr existiere.
Der Ausschuss stimmt überein, dass die Begründung im Antragstext gestrichen wird.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der abgeänderten Form mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 7.5 Beleuchtung Langestraße
Drucksache: 1772/II - SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion berichtet, dass die bisherige Gasbeleuchtung sehr unterschiedlich sei und regt an, die Beleuchtung in diesem Bereich durch Elektrolampen zu verbessern.
Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die BVV mehrfach beschlossen habe, die Gasbeleuchtung im Bezirk zu erhalten.
BzStR Stäglin teilt mit, dass die Firma Stadtlicht in diesem Zusammenhang befragt wurde, die die Beleuchtung für ausreichend hält. Er erklärt, dass es zum Thema Erhaltung der Gasbeleuchtung in der nächsten Sitzung des Bauausschusses einen Antrag geben wird.
Auf Bitten der SPD-Fraktion wird dieser Antrag zurückgestellt.

zu 7.6 Überprüfung von Bundesautobahnschildern
Drucksache: 1776/II - FDP-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, dass dieser Antrag an die zuständige Straßenverkehrsbehörde, die Verkehrslenkung Berlin, weitergeleitet werden müsse. Des weiteren müsse geprüft werden, ob im Rahmen der Tiefbauunterhaltung überhaupt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stünden.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 7.7 Lauenburger Straße für den Durchgangsverkehr sperren
Drucksache: 1809/II - GRÜNE-Fraktion
(siehe TOP 7.16)

Da die Drucksache 1809/II und Drucksache 1845/II thematisch zusammen gehören, teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass beide Punkte gemeinsam behandelt werden.

Die Fraktion GRÜNE fragt das Amt, welche der beiden Anträge einfacher umzusetzen wäre.
Die FDP-Fraktion erklärt, dass sie von beiden Anträgen nicht begeistert sei, schlage aber vor, dort einen verkehrsberuhigten Bereich einrichten zu lassen.
Das Amt erklärt, dass dies denkbar sei, jedoch von der Straßenverkehrsbehörde baurechtlich geprüft werden müsse, ob hier eine Aufpflasterung nötig wäre.
Des weiteren teilt BzStR Stäglin mit, dass eine dauerhafte Sperrung sehr viel schwieriger zu begründen ist als eine Teilentwidmung.
Die Fraktion GRÜNE schlägt vor, die Drs 1809/II so zu ändern, dass es heißt:
.“.. des Lauenburger Platzes, als verkehrsberuhigten Bereich ausgewiesen wird.“

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, ob eine solche Aufpflasterung gesetzlich vorgeschrieben ist und welche Kosten hierdurch verursacht würden. Das Amt bestätigt, dass eine bauliche Umgestaltung gesetzlich vorgeschrieben ist, es dafür jedoch verschiedene Möglichkeiten gebe. Eine genaue Kostenangabe könne das Amt derzeit nicht geben.
BzStR Stäglin sagt zu, sowohl den Haushaltsausschuss als auch den Bauausschuss davon in Kenntnis zu setzen, sobald im Rahmen der Bearbeitung eines entsprechenden BVV-Beschlusses etwas zur Finanzierung geklärt werden müsse.

Die Fraktion von CDU, SPD und FDP treten dem Antrag der Fraktion GRÜNE bei.

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Lauenburger Straße im Bereich des Lauenburger Platzes als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen wird.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung in geänderter Form angenommen.

zu 7.8 Verbesserung des Verkehrsflusses in Zehlendorf Mitte
Drucksache: 1811/II (neu) - Fraktionen GRÜNE und CDU

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen vertagt.

zu 7.9 Parkverbot Ecke Gritzner-/Treitschkestraße
Drucksache: 1814/II - SPD-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.10 Pflastersteine auf den Bürgersteigen
Drucksache: 1818/II - CDU-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.11 Parkraumbewirtschaftung bis 18 oder 19 Uhr
Drucksache: 1819/II - FDP-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.12 30 km/h Mühlenstraße
Drucksache: 1842/II - CDU-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.13 Schulwegsicherung Beleuchtung 'Schwarzer Weg'
Drucksache: 1845/II - GRÜNE-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.14 Schulwegsicherung LZA Malteser-/Mühlenstraße
Drucksache: 1847/II - GRÜNE-Fraktion

Wie TOP 7.8.

zu 7.15 Verbesserung des Verkehrsflusses an der Kreuzung Machnower Straße/Ludwigsfelder Straße/Sachtlebenstraße
Drucksache: 1851/II - CDU-Fraktion

Siehe Top 1 Nr. 3

zu 7.16 Teilentwidmung der Lauenburger Straße
Drucksache: 1854/II - SPD-Fraktion

Der Antrag wird zurückgezogen.
(Vgl. auch TOP 7.7.)

zu 8 Bericht aus dem Bezirksamt

1. Sporthalle Mühlenau-Grundschule

Hoch 1 Herr Nowak berichtet über die Dreifeldsporthalle der Mühlenau-Grundschule. Er erläutert anhand einer Darstellung, dass das Projekt zurzeit noch in der Vorplanung sei, und teilt mit, dass am 10.03.2006 die letzte Abstimmung zur Vorplanung im planungsbegleitenden Ausschuss erwartet wird. BzStR Stäglin ergänzt, dass diese Maßnahme in der Investitionsplanung vorgesehen sei, die Fertigstellung gemäß der Raten für 2008 erwartet wird und der Bau voraussichtlich Ende 2006 bzw. Frühjahr 2007 beginnen wird. BzStR Stäglin geht von einer 12-monatigen Bauzeit aus. Folgende Jahresraten sind gemäß der Investitionsplanung des Bezirks vorgesehen: im Haushaltsjahr 2006: 470 T€, im Haushaltsjahr 2007: 1.600 T€ und im Haushaltsjahr 2008: 1.130 T€. Nach Abschluss des Schrittes Vorplanungsunterlagen (VPU) ist die Vorstellung der Planungen in der Bauausschusssitzung am 22. März 2006 geplant.

2. Umkleidegebäude Stadion Wannsee

BzStR Stäglin berichtet über die Vorplanung des Umkleidegebäudes am Stadion Wannsee. In der bezirklichen Investitionsplanung 2005 bis 2009 ist die Baumaßnahme mit Gesamtbaukosten in Höhe von 820 T€ enthalten. Folgende Jahresraten sind geplant: im Haushaltsjahr 2007: 500 T€ und im Haushaltsjahr 2008: 320 T€. Auch dieses Projekt startet mit dem planungsbegleitenden Ausschuss. Sobald eine Planung vorliegt, wird diese im Ausschuss vorgestellt.

3. Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm 2006

BzStR Stäglin teilt den Stand des Schul- und Sportanlagensanierungsprogramms mit. Er erläutert, dass alle Maßnahmen bei der Senatsverwaltung durch die Plausibilitätsprüfung gekommen sind. Im gesamten Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm 2006 sind rund 19 Maßnahmen enthalten, wovon drei vom Naturschutz- und Grünflächenamt bearbeitet werden. Das Kostenvolumen beträgt 2,795 Mio.€. Bei allen Maßnahmen laufen zur Zeit die Ausschreibungen, so dass in bzw. nach den Osterferien mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.
Er berichtet über die Carl-Schumann-Sporthalle, in der die Sanitärbereiche saniert werden sollten. Wie mitgeteilt, wurde die Standsicherheit der Sporthalle überprüft. Nach einer ersten Untersuchung der Halle hat der beauftragte Gutachter telefonisch mitgeteilt, dass eine akute Einsturzgefahr nicht besteht. Es ist aber damit zu rechnen, dass umfangreichere Arbeiten an der Dacheindichtung erforderlich werden, um künftige Durchfeuchtungen der Holzkonstruktion zu vermeiden. Es gibt beim Amt für Schule und Sport die Überlegungen, die ursprünglich für die Sanierung der Umkleideräume / sanitären Anlagen vorgesehenen Mittel dann für eine Dachsanierung heranzuziehen.
Weiterer geplanter Tausch von Maßnahmen:
Dreilinden-Grundschule: Die geplante Instandsetzung der Fenster ist aus dem Programm herausgenommen worden, dafür sollen die Fenster der Schweizerhof Grundschule instandgesetzt werden. Kosten der Baumaßnahmen 50 T€.
Die CDU-Fraktion bittet das Amt herauszubekommen, wie alt die Fenster der Dreilinden-Grundschule seien und warum die Fenster saniert werden müssen.
Hierzu wird vom Fachbereich Hochbau Folgendes zu Protokoll gegeben:
Die Dreilinden-Grundschule wurde in der Zeit von April 1987 bis Februar 1990 in mehreren Bauabschnitten errichtet. Die offizielle Inbetriebnahme des I. Bauabschnitts war am 12. Februar 1990. Bei den in Rede stehenden Fenstern handelt es sich um Holzfenster mit einem umweltfreundlichen Farbanstrich. Die Schäden an den Fenstern treten insbesondere an den geneigten Fensterflächen der TNU-Räume auf. Durch die Neigung in Verbindung mit den Sprossen kann das Regenwasser nicht schnell genug abfließen, sodass die anfallende Feuchtigkeit das Schadensbild erzeugt. Begünstigt wird dieser Prozess durch den dichten Baumbestand und die damit verbundene intensive Algenbildung. Da dem Fachbereich Hochbau, insbesondere seit 1990, keine ausreichenden finanziellen Mittel für die bauliche und technische Unterhaltung der Gebäude zur Verfügung stehen (auf diesen Sachverhalt und die damit verbundenen Probleme wurde vom Fachbereich Hochbau immer wieder ausführlich hingewiesen), sind die in Intervallen von ca. drei bis fünf Jahren notwendigen Farbanstriche nicht ausgeführt worden. In letzter Zeit sind bereits verschiedene Reparaturen an den Fenstern durchgeführt worden und das Amt für Schule und Sport hatte sicherheitshalber für weitere Sanierungen 50.000,- € im Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm angemeldet. Die aktuelle Schadensbewertung hat jedoch ergeben, dass der Sanierung der Fenster der Schweizerhof-Grundschule eine größere Dringlichkeit zuzuordnen ist als denen der Dreilinden-Grundschule. Demzufolge wurde einvernehmlich von dem Amt für Schule und Sport und dem Fachbereich Hochbau bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport die Umwidmung der Gelder beantragt. Die Genehmigung liegt bereits vor.

Die FDP-Fraktion fragt das Bezirksamt, ob die baulichen Mängel in der Sporthalle der Beethoven-Oberschule bekannt seien. BzStR Stäglin berichtet, dass an der Sanierung zur Zeit gearbeitet wird.

Stadion Lichterfelde, Ostpreußendamm 3-10: Nach einer Untersuchung des

Tribünendaches hat der beauftragte Gutachter festgestellt, dass eine Einsturzgefahr nicht besteht und die Standsicherheit gegeben ist (bei Annahme einer ordnungsgemäßen Statik und einer seinerzeitigen ordnungsgemäßen Ausführung der Konstruktion gemäß statischer Berechnung).

4. Nachfolge des „Schlagloch-Sanierungsprogrammes“ im Jahr 2006

Für dieses Jahr ist dem Bezirk von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wieder eine Summe von **850.000 €** zugesagt worden, allerdings verkomplizieren sich die Modalitäten, weil drei der Maßnahmen in diesem Jahr mit GA-Förderung über die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (SenWAF) laufen sollen. Diese Maßnahmen – und ggf. notwendige Planungsmittel – müssen einzeln bei SenWAF eingereicht, BPU müssen aufgestellt und über SenStadt anerkannt werden. Darüber hinaus sollen auch noch Mittel für zwei weitere Maßnahmen von SenStadt im Rahmen auftragsweiser Bewirtschaftung bereit gestellt werden.
Ob die Bezirke durch diese Verfahrensumstellung noch einmal eine nahezu 100%ige Umsetzung der Mittel bis zum Jahresende schaffen, muss stark bezweifelt werden.

Für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf sind für 2006 folgende Maßnahmen avisiert:

a)	Teltower Damm (Fahrbahn) **(GA-Maßnahme)**	275.000 €
b)	Drakestraße (Fahrbahn) **(GA-Maßnahme)**	275.000 €
c)	Goerzallee (Fahrbahn von Darser bis Wismarer Str.) **(GA-Maßnahme)** 90.000 €	
d)	Onkel-Tom-Straße (Radwegsanierung)	160.000 €
e)	Birkbuschstraße (Fahrbahn)	60.000 €
	Summe:	850.000 €

(Verschiebungen zwischen den Maßnahmen sind noch möglich!)

5. Neuorganisation der ‚Lichtsignalanlagen‘ im Land Berlin

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatte am 25.01.2006 alle Tiefbauamtsleiter eingeladen, um ihnen den neuen ‚Generalübernehmer‘ für die Lichtsignalanlagen im Land Berlin, die NUON STADTLICHT GmbH (NS), vorzustellen. Dieser war in einer öffentlichen Ausschreibung ermittelt worden. Die NS ist verpflichtet, für eine fest vereinbarte Geldsumme die ca. 2000 LSA im Land Berlin zu betreiben und alte LSA zu modernisieren. Etwa 1,3 Mio € pro Jahr stehen für ganz Berlin für LSA-Neu-, Ersatz- und Umbaumaßnahmen bereit. Die Vertragsabwicklung, die Anordnung, die Genehmigung und die Aufsicht über LSA-Angelegenheiten obliegt weiterhin der Verkehrslenkung Berlin.

6. Einrichtung der so genannten ‚Brötchentaste‘ in Steglitz

An insgesamt neun Parkscheinautomaten in der Abrechtstraße und Schützenstraße wird ab 1. April 2006 die so genannten ‚Brötchentaste‘ eingerichtet.

zu 9 Verschiedenes

1. Frau BV Wagner fragt das Amt, was aus dem Leerstand des Gebäudes Schmitt Ott / Rothenburgstraße geworden ist.
   BzStR Stäglin teilt mit, dass Anordnungen erlassen wurden, woraufhin der Eigentümer Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes ergriffen habe.

2. Frau BV Wagner fragt das Amt, was es zu tun gedenkt, um den seit über einem Jahr beschädigten Gedenkstein John Chair an der Königsstraße am Schäferberg wieder herzustellen.
   Das Amt teilt mit, dass zur Zeit noch geprüft wird, welches die dafür zuständige Stelle sei. Das Amt wird in der nächsten Sitzung darüber berichten.

3. Die CDU-Fraktion hat in der Galeria – Schloßstrasse vor einiger Zeit festgestellt, dass der im Erdgeschoss befindliche Notausgang mit Waren zugestellt war. Auf Nachfragen seitens der CDU-Fraktion beim Bauaufsichtsamt sei nichts passiert. BzStR Stäglin teilt mit, dass er dem Hinweis nachgehen wird.

4. Die CDU-Fraktion erkundigt sich über nähere Informationen bezüglich der Überquerungshilfe Bergstraße.
   BzStR Stäglin berichtet, dass ein Busverkehr in der Bergstraße zur Zeit aus baulichen Mängeln nicht durchführbar ist. Die BVG hat zugesagt, die Kosten des Überzuges der Straße zu übernehmen. In diesem Zusammenhang sollen der Antrag die Überquerungshilfe als auch die Bordsteinabsenkung bearbeitet werden. Das Amt informiert darüber, dass auch die private Kantschule mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Die Mittelinsel soll im Zusammenhang mit der Baumaßnahme der BVG gebaut werden. Das Amt versucht, diese Mittelinsel aus dem Fußgängerüberwegeprogramm finanziert zu bekommen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt	Kühnast
Ausschussvorsitzender	Schriftführer